

Mehr Freiheit – weniger Bürokratie

Sieben Wünsche

von infolab an MdB Stefan Müller

Sehr geehrter Herr Müller,

die mittelständische Wirtschaft leidet unter zahlreichen Beschränkungen der unternehmerischen Freiheit. Die Gesetzes- und Verordnungsflut belastet die Verwaltung und führt zu überflüssiger Bürokratie. Sie entmündigt die Bürger und lähmt Initiative und Selbstverantwortung. Wir haben den Eindruck, daß unternehmerischer Einsatz nicht mehr ausreichend gewürdigt wird. Gestatten Sie deswegen bitte, daß wir an Sie als Bundestagsabgeordneten unserer Region sieben Wünsche richten:

1 **Bitte unterstützen Sie Paul Kirchhofs Steuermodell.**

Paul Kirchhof hat ein vereinfachtes und wohldurchdachtes Steuermodell vorgelegt, dessen Umsetzung Kräfte freisetzen kann, die bisher durch die Steuerbürokratie gebunden sind. Kirchhofs Modell macht Deutschland im internationalen Wettbewerb wieder konkurrenzfähig.

2 **Setzen Sie sich bitte für die ersatzlose Streichung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) ein.**

Im Baugewerbe mag es sinnvoll sein, massenhaftes Ausleihen von Arbeitnehmern zu reglementieren. Für mittelständische IT-Firmen schränkt das AÜG hingegen die unternehmerische Freiheit zu sehr ein und läuft dem Bestreben zuwider, IT-Spezialisten in Lohn und Brot zu halten.

3 **Sorgen Sie bitte für die Abschaffung der Zwangsmitgliedschaften in der IHK und in der Berufsgenossenschaft.**

Ein Unternehmen sollte sich frei entscheiden können, ob es der Industrie- und Handelskammer (IHK) beitreten will. Mit einem prozentualen Anteil am Gewinn der Firma spielt die IHK die Rolle eines aufgezwungenen stillen Teilhabers. Mit der Abschaffung der Berufsgenossenschaft und der Privatisierung der Unfallversicherung könnten die Versicherungskosten stark gesenkt werden.

4 **Setzen Sie sich bitte für die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes und die Ausweitung der Vertragsfreiheit ein.**

Mit flexibleren Arbeitsverträgen ließen sich leichter und schneller neue Arbeitsplätze schaffen. Vermeintliche Antidiskriminierungsgesetze weisen den falschen Weg. Der Kündigungsschutz in der jetzigen Form und die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte sind reine Einstellungsverhinderungsprogramme.

5 **Unterstützen Sie bitte die Auflösung der ineffizienten Bundesagentur für Arbeit.**

Am eigenen Leib konnte sich infolab von der Unfähigkeit der Bundesagentur für Arbeit überzeugen, geeignete Bewerber für einen Ausbildungsplatz zu vermitteln. Verließe man sich allein auf die Agentur, blieben viele Ausbildungsplätze unbesetzt.

6 **Machen Sie sich bitte für eine verlässliche Gesetzgebung stark, die Planungssicherheit gibt.**

Gesetze und Verordnungen müssen wieder von langfristigen Erwägungen abhängig gemacht werden. Wechselhaftigkeit in der Gesetzgebung (Beispiel Altersvorsorge) und ständiges Nachbessern behindern das Wirtschaften und verhindern langfristige Investitionen.

7 **Sorgen Sie bitte dafür, daß die Leistungen der Unternehmer wieder gewürdigt werden.**

Der Ruf der Unternehmer pendelt in der öffentlichen Diskussion zwischen Heuschrecken und Nieten in Nadelstreifen. Dabei kommt zu kurz, daß gerade mittelständische Unternehmer ein hohes Maß an sozialer Verantwortung zeigen. Der Mittelstand ist immerhin das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wer, wenn nicht die Unternehmer, soll denn die so dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen?

Wir hoffen, daß wir für unsere Anliegen bei Ihnen ein offenes Ohr finden und wünschen Ihnen für Ihre politische Arbeit alles Gute und viel Erfolg!

Erlangen, 26. August 2005

infolab

Gesellschaft für Informatik-Anwendungen mbH

Wolfhart Grote, Geschäftsführer